

NRW AKTUELL

Kitas: Schwarz-gelbes Flügelschlagen beim Kibiz

Die Koalition ist beim Kindergartengesetz zerstritten. Von Krise will aber niemand sprechen.

Düsseldorf. Die für Samstag angekündigte Demonstration vor dem NRW-Landtag gegen das geplante Kinderbildungsgesetz (Kibiz) sorgt bei CDU und FDP für zunehmende Nervosität. Vor allem die FDP bekräftigte Donnerstag den Wunsch nach Nachbesserung am geplanten Gesetz. Allerdings: „Das ist ein ganz normaler Vorgang. Wir stehen zur Grundarchitektur des Gesetzes“, beschwichtigte FDP-Landeschef Andreas Pinkwart.

FDP-Generalsekretär Christian Lindner möchte gleichwohl zentrale Punkte des Gesetzentwurfes ändern. Er ist gegen die Umstellung von einer Gruppen- auf eine Kopfpauschale und stellt damit das zentrale Finanzierungsinstrument des Kibiz in Frage. Den hat Familienminister Armin Laschet (CDU) gegen den entschiedenen Widerstand von Kindergartenträgern in den Gesetzentwurf geschrieben.

Außerdem will Lindner den Anteil der kirchlichen Träger nicht wie geplant von 19 auf zwölf Prozent Eigenanteil absenken, sondern ihn stattdessen auf 14 Prozent festschreiben. „Schließlich wollen die Kirchen weitere Kindertagesstätten schließen. Da müssen wir ihnen nicht so weit entgegen kommen“, sagte Lindner. Er sagte aber auch: „Das ist keine Koalitionskrise.“

„Die Gruppenfinanzierung wird es mit uns nicht geben“, hält CDU-Fraktionschef Helmut Stahl dagegen. Bei der CDU zeigte man sich äußerst verstimmt über die FDP-Politiker, die nach außen die harten Reformer mimten, sich aber bei Widerstand zum blanken Populismus hinreißen ließen. Beide Seiten betonten aber, man wolle wie geplant Kibiz Ende Oktober verabschieden.

Allerdings: Auch in den eigenen Reihen gibt es Kritiker. So gab es im Oberbergischen Kreis eine gemeinsame Resolution von CDU und FDP gegen das Kibiz. Mitunterzeichner war ausgerechnet Peter Biesenbach, als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion die rechte Hand von Stahl. In Gummersbach ist er Fraktionschef der Christdemokraten. „Ich bin für Kibiz“, sagte er Donnerstag mannhaft.

Die Opposition rieb sich derweil die Hände: „Das ist ein familienpolitischer Totalschaden für Schwarz-Gelb“, sagte SPD-Landeschefin Hannelore Kraft. Auch die Grünen frohlocken: „Dieses Gesetz ist sturmreif geschossen. Das ist eine Kapitulation auf allen Ebenen.“

Nächtliche SMS

Schlechtes Gewissen: Da hat wohl einer noch spät abends kalte Füße bekommen: Nachdem FDP-Generalsekretär Christian Lindner am Mittwochnachmittag sozusagen die Generalrevision des neuen Kindergartengesetzes ausgerufen hatte, suchte er noch in der Nacht per SMS Versöhnung bei Marie-Theres Kastner, der CDU-Familienpolitikerin: „Nehmen Sie es bitte leicht, wir legen nicht nach. Gute Nacht, Ihr Christian Lindner.“ Die reagierte kühl: „Sie sollten sich schleunigst überlegen, wie Sie das eingrenzen“, lautete Kastners kühle Antwort. Dem Rat kam Lindner dann Donnerstag nach.

Kommentar: FDP macht sich vom Acker

Das ist schon peinlich für den Ministerpräsidenten: Rüttgers wirbt im Internet wort- und gestenreich für das neue Kindergartengesetz, der Fachminister Armin Laschet kämpft vor Erzieherinnen für das umstrittene Konzept, da macht sich der kleine Koalitionspartner vom Acker. Denn die Forderungen des jungen Partei-Generals Lindner bedeuten nichts anderes als eine Generalrevision des Gesetzes, gegen das Samstag vor dem Landtag in Düsseldorf tausende Bürger demonstrieren werden.

Das ist zwar keine Koalitionskrise – CDU und FDP sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen –, aber es ist doch ein herber Rückschlag. In Sachen Zank erreicht Schwarz-Gelb im Land schon beinahe Bundes-Format, dabei wollte man ursprünglich der harmonische Gegenentwurf zu Berlin sein. Das ist lange her.

14.09.2007

Von Frank Uferkamp